

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

51 (17.12.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS - W O C H E N S C H R I F T

FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE:
L'ÉCONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 51 — 3. Jahrgang 1948

Konstanz/Bodensee, 17. Dezember 1948

Ausg. D. Preis 60 D-Pfennige

Vor Verdoppelung der Sozialbeiträge

Anpassung der Sozialrenten - Pfandbriefkurse sinken - Anleihe der Wiederaufbaubank - „Industriebank A. G.“ „Immer größere Furcht der Bauern . . .“ - Industrieumlage zur Verbilligung der Landmaschinen?

Wieder sind finanzielle Entscheidungen in der vergangenen Woche im Vordergrund gewesen. Das Wichtigste scheint uns ein neuer Entwurf zu sein, der sich mit der Sozialversicherung beschäftigt. Er ist ja bekannt, daß schon im letzten Frühjahr die Invalidenversicherung immer Zuschüsse aus Reichsmitteln nötig hatte. Es konnte also gar nicht wundern, daß auch jetzt die Einnahmen der Sozialversicherungen viel zu gering gegenüber den Ausgaben waren, zumal da ja die Ausgaben gewaltig gestiegen waren. Es kam aber noch etwas hinzu: Man ist sich langsam klar darüber geworden, daß die Sozialrenten dem gestiegenen Preisniveau angepaßt werden müssen. In dem Entwurf ist nun vorgesehen, daß die Rente, die bisher 20 Mark betrug, auf 30 Mark erhöht werden soll und die anderen Invalidenrenten im wesentlichen um 15 Prozent, bei den Witwenrenten beträgt die Erhöhung etwa 12 Prozent (die Witwenrente, die bisher 26 Mark betrug, soll sogar auf 40 Mark erhöht werden, bei den Witwenrenten werden die Renten bis 24 Mark auf 30 Mark erhöht).

Wieder sind finanzielle Entscheidungen in der vergangenen Woche im Vordergrund gewesen. Das Wichtigste scheint uns ein neuer Entwurf zu sein, der sich mit der Sozialversicherung beschäftigt. Er ist ja bekannt, daß schon im letzten Frühjahr die Invalidenversicherung immer Zuschüsse aus Reichsmitteln nötig hatte. Es konnte also gar nicht wundern, daß auch jetzt die Einnahmen der Sozialversicherungen viel zu gering gegenüber den Ausgaben waren, zumal da ja die Ausgaben gewaltig gestiegen waren. Es kam aber noch etwas hinzu: Man ist sich langsam klar darüber geworden, daß die Sozialrenten dem gestiegenen Preisniveau angepaßt werden müssen. In dem Entwurf ist nun vorgesehen, daß die Rente, die bisher 20 Mark betrug, auf 30 Mark erhöht werden soll und die anderen Invalidenrenten im wesentlichen um 15 Prozent, bei den Witwenrenten beträgt die Erhöhung etwa 12 Prozent (die Witwenrente, die bisher 26 Mark betrug, soll sogar auf 40 Mark erhöht werden, bei den Witwenrenten werden die Renten bis 24 Mark auf 30 Mark erhöht).

Wieder sind finanzielle Entscheidungen in der vergangenen Woche im Vordergrund gewesen. Das Wichtigste scheint uns ein neuer Entwurf zu sein, der sich mit der Sozialversicherung beschäftigt. Er ist ja bekannt, daß schon im letzten Frühjahr die Invalidenversicherung immer Zuschüsse aus Reichsmitteln nötig hatte. Es konnte also gar nicht wundern, daß auch jetzt die Einnahmen der Sozialversicherungen viel zu gering gegenüber den Ausgaben waren, zumal da ja die Ausgaben gewaltig gestiegen waren. Es kam aber noch etwas hinzu: Man ist sich langsam klar darüber geworden, daß die Sozialrenten dem gestiegenen Preisniveau angepaßt werden müssen. In dem Entwurf ist nun vorgesehen, daß die Rente, die bisher 20 Mark betrug, auf 30 Mark erhöht werden soll und die anderen Invalidenrenten im wesentlichen um 15 Prozent, bei den Witwenrenten beträgt die Erhöhung etwa 12 Prozent (die Witwenrente, die bisher 26 Mark betrug, soll sogar auf 40 Mark erhöht werden, bei den Witwenrenten werden die Renten bis 24 Mark auf 30 Mark erhöht).

Wieder sind finanzielle Entscheidungen in der vergangenen Woche im Vordergrund gewesen. Das Wichtigste scheint uns ein neuer Entwurf zu sein, der sich mit der Sozialversicherung beschäftigt. Er ist ja bekannt, daß schon im letzten Frühjahr die Invalidenversicherung immer Zuschüsse aus Reichsmitteln nötig hatte. Es konnte also gar nicht wundern, daß auch jetzt die Einnahmen der Sozialversicherungen viel zu gering gegenüber den Ausgaben waren, zumal da ja die Ausgaben gewaltig gestiegen waren. Es kam aber noch etwas hinzu: Man ist sich langsam klar darüber geworden, daß die Sozialrenten dem gestiegenen Preisniveau angepaßt werden müssen. In dem Entwurf ist nun vorgesehen, daß die Rente, die bisher 20 Mark betrug, auf 30 Mark erhöht werden soll und die anderen Invalidenrenten im wesentlichen um 15 Prozent, bei den Witwenrenten beträgt die Erhöhung etwa 12 Prozent (die Witwenrente, die bisher 26 Mark betrug, soll sogar auf 40 Mark erhöht werden, bei den Witwenrenten werden die Renten bis 24 Mark auf 30 Mark erhöht).

Wieder sind finanzielle Entscheidungen in der vergangenen Woche im Vordergrund gewesen. Das Wichtigste scheint uns ein neuer Entwurf zu sein, der sich mit der Sozialversicherung beschäftigt. Er ist ja bekannt, daß schon im letzten Frühjahr die Invalidenversicherung immer Zuschüsse aus Reichsmitteln nötig hatte. Es konnte also gar nicht wundern, daß auch jetzt die Einnahmen der Sozialversicherungen viel zu gering gegenüber den Ausgaben waren, zumal da ja die Ausgaben gewaltig gestiegen waren. Es kam aber noch etwas hinzu: Man ist sich langsam klar darüber geworden, daß die Sozialrenten dem gestiegenen Preisniveau angepaßt werden müssen. In dem Entwurf ist nun vorgesehen, daß die Rente, die bisher 20 Mark betrug, auf 30 Mark erhöht werden soll und die anderen Invalidenrenten im wesentlichen um 15 Prozent, bei den Witwenrenten beträgt die Erhöhung etwa 12 Prozent (die Witwenrente, die bisher 26 Mark betrug, soll sogar auf 40 Mark erhöht werden, bei den Witwenrenten werden die Renten bis 24 Mark auf 30 Mark erhöht).

Zum süddeutschen Zusammenschluß

Keine Zersplitterung!

Aus den weiteren Einblendungen auf unserer ersten Wirtschaftsregalpolitik an bringen wir heute eine Stellungnahme des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Heideberg, Hubert H. A. Sternberg, in den nächsten Ausgaben werden wir weitere Einblendungen abdrucken. Präsident Sternberg schreibt:

„In der Kette der vielen Kontaktaufnahmen, denen die Wirtschaft in ihrem harten Existenzkampf in den letzten Jahren gegenübersteht, stellen wir uns ein Lichtbild, als die Politik die Chance, die ihr durch die Möglichkeit der Berücksichtigung der Ländergrenzen gegeben war, bereitwillig aufgab, um, wie es schien, den unüberwindlichen Widerstand des Süddeutschen gegen den Zusammenschluß von Württemberg-Baden und der Pfalz zu verhindern. Leider wurden jedoch die Hoffnungen der Wirtschaft sehr bald wiederum dadurch enttäuscht, daß die Verhandlungen im Stocken gerieten und daß die Idee des Zusammenschlusses im politischen Tauziehen steckenblieb.“

„Es ist deshalb um so begründeter, daß die Konstanzer Wirtschaftsrevue in ihrer Nr. 47 vom 16. 11. 1948 durch den Artikel „Wirtschaft regt Politik an“ diese Frage erneut aufwirft. Wenn auch im politischen Blätterkrieg das Problem des Zusammenschlusses in den letzten Wochen vollkommen eingeschoben ist, so ist es besorgniserregend, daß gerade eine Wirtschaftszeitung den Gedanken erneut aufwirft. Es ist deshalb höchstbedauerlich, weil der Gedanke des Zusammenschlusses in erster Linie aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus geboren wurde, weil die Wirtschaft den Gedanken an diesen Zusammenschluß weder aufgeben hat noch aufgeben wird und sie es nicht verstehen kann, daß die politischen Schwierigkeiten sich nicht überwinden lassen sollen, um ihn zu verwirklichen.“

„Das deutsche Volk wünscht in allem seinen Schritten wohl nichts sehnlicher als die Aufhebung der Zonenrenten. Es sehnt sich nach dem kleinen Reich, das nach dem Zusammenbruch von 1945 befreit ist. Mit dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist der Anfang gemacht worden, dieses sehnlichste Gebilde wieder zu einer Einheit zusammenzufassen. Die französische Zone wird, wie wir alle hoffen, in nicht allzu ferner Zeit sich diesem Gebilde anschließen. Innerhalb dieses Triangs wäre die Möglichkeit gegeben, die staatsrechtlichen Verhältnisse, insbesondere in Württemberg-Baden, den geänderten Verhältnissen anzupassen.“

Keine Erhöhung der deutschen Stahlquote

Paris. Nach seiner Rückkehr aus London erklärte Sonderbotschafter Harriman auf einer Pressekonferenz, die deutsche Stahlproduktion bleibe auf 10,7 MILL. t beschränkt.

Paris. Nach seiner Rückkehr aus London erklärte Sonderbotschafter Harriman auf einer Pressekonferenz, die deutsche Stahlproduktion bleibe auf 10,7 MILL. t beschränkt.

Paris. Nach seiner Rückkehr aus London erklärte Sonderbotschafter Harriman auf einer Pressekonferenz, die deutsche Stahlproduktion bleibe auf 10,7 MILL. t beschränkt.

Paris. Nach seiner Rückkehr aus London erklärte Sonderbotschafter Harriman auf einer Pressekonferenz, die deutsche Stahlproduktion bleibe auf 10,7 MILL. t beschränkt.

Paris. Nach seiner Rückkehr aus London erklärte Sonderbotschafter Harriman auf einer Pressekonferenz, die deutsche Stahlproduktion bleibe auf 10,7 MILL. t beschränkt.

Luxemburgischer Stahl für Westdeutschland

Köln. Von Mitte Dezember bis März 1949 wird Luxemburg 20.000 t Weststahl an die westdeutschen Kohlenbezugsstellen. Diese luxemburgischen Stahllieferungen sollen unmittelbar zur Steigerung der Kohlenförderung dienen. Ursprünglich hatten die Zweibrücker-Betriebe die Einfuhr von 20.000 t Stahl aus Luxemburg genehmigt.

Wiedererrichtung von Finanzgerichten

Hamburg. Auf Grund des Konstitutionsgesetzes Nr. 26 werden in Hamburg, Kiel, Hannover, Münster und Düsseldorf Gerichte von den Finanzverwaltungsbehörden selbständige Finanzgerichte errichtet, die in Kammer verfahren und entscheiden. Jede Kammer ist mit zwei Beamten und drei ehrenamtlichen Mitgliedern besetzt. Die beamteten Mitglieder werden hauptsächlich auf Lebenszeit ernannt. Diese Finanzgerichte haben nicht nur über Berufungen gegen Entscheidungen der Finanzämter auf dem Gebiet der Besteuerung und Verkehrssteuern, sondern auch der Zölle und Verbrauchsteuern zu entscheiden.

Vorschlag für internationale Kraftwagen-Transporte

Köln. Die französische MIRA-Regierung gibt bekannt, daß als einzige der Land Rheinland-Pfalz durchgehende für internationale Straßentransporte bestimmte Fahrstraßen die Autobahn Köln-Frankfurt gilt. Einzige diese Fahrstraßen sei von Ferntransporten aus dem Auslandes unter Ausschluss aller anderen Straßen des Landes Rheinland-Pfalz zu benutzen. Auch die Hauptstraße Nr. 8 von Remagen über Koblenz nach Bingen blasse von internationalen Fernverkehr ausgeschlossen.

Höchstpreis für Stahlschrott

Frankfurt. Der Höchstpreis für Stahlschrott ist von der Verwaltung für Wirtschaft auf 13 DM je Tonne festgesetzt worden.

130.000 Ballen Baumwolle für die Doppelzone

Berlin. Für den Ankauf von 130.000 Ballen Baumwolle aus den USA im vierten Vierteljahr 1948 wurden von der ECA 24 MILL. Dollar zur Verfügung gestellt.

Sondererziehungen für Bergleute

Köln. Am 26. Dezember sollen die Bergarbeiter der Ruhrbezirk im Rahmen des Anpassungsprogramms hochwertige Lebensmittel, z. B. getrocknete Schweinefleisch, Rindfleisch, Bäckereibrot, Eipulver und Schokolade erhalten. Die Ausgabe, die sich

Preise, die spalten

Professor Erhard hat vor einigen Tagen in einer Rede erklärt, er hoffe, daß die Läger im Einzelhandel und in den Fabriken bald geräumt seien; er wünsche das nicht, so glaube er eine neue Bewirtschaftung in Deutschland nicht vermeiden zu können. Er ging bei dieser Drohung zweifellos von dem Gedanken der Versorgung aus, jenen imaginären Trugbild, dem schon mancher verfallen ist. Erhard wünscht eben eine gewisse Versorgung und meint, wenn man die vielen Läger räumt, dann sei die Versorgung einigermaßen erreicht. Es wäre nun nicht schwer, aus diesen Äußerungen ein weiteres zu schließen, nämlich, daß Herr Erhard dafür gesorgt hat, die Produktion anzukurbeln, die die Läger wieder schnell füllt. Diese Folgerung muß man schon deshalb ziehen, weil man sich an die vorgeschlagenen Bestimmungen erinnert, die vor der Währungsreform in Richtung auf die Lagerbestände getroffen wurden. Man war sich damals darüber im klaren — und hatte recht damit — daß die neue D-Mark nicht auf leere Geschäfte stützen dürfe. So wird also auch Herr Erhard heute nicht wünschen, daß nach Weihnachten die Läden von Löhnen und Gehältern kimmernde Kraftkraft auf leere Läden und leere Läger steht.

Die nächste Ausgabe unserer „Wirtschaftsrevue“ — Nr. 52/53 — erscheint in verstärktem Umfang als

Jahresschlußnummer

zwischen Weihnachten und Neujahr. Sie enthält eine Reihe von Jahresübersichten einzelner Branchen, eine Gesamtschau über das abgelaufene sowie einen Ausblick auf das kommende Jahr.

Verlag und Redaktion.

Man wird vielleicht die Läger wirklich geräumt und wir würden im Januar vor einem Vakuum stehen. Die Festsetzung des Angebots verbunden mit Wirtschaftlichkeit würde das richtig, und dies hätte dann auch eine weitere wirtschaftlich richtige, darum günstige, Wirkung: Die Produktion stieg weiter. Wir haben immer die Ansicht vertreten, daß die Produktion nur solange

Schuh-Partikularismus

Wir haben immer geglaubt, es gäbe in Westdeutschland praktisch nur zwei Zonen, nämlich die Doppelzone und die französische Zone. Inzwischen wurden wir eines Besseren belehrt: Die französische Zone zerfällt noch einmal in Teile und zwar in drei. Am Beispiel der Schuhwirtschaft wollen wir das näher erläutern. Zunächst einmal gibt es in der Doppelzone ein Jedermannprogramm, in dem auch Schuhe vorgesehen sind; dort sind etwa 60% der Schuhproduktion auf Jedermann eingestellt. In der französischen Zone haben wir kein Jedermannprogramm, aber die südwestdeutschen Schuhfabriken lassen es sich nicht nehmen, ebenfalls Schuhe, zum Teil sogar in besserer Qualität als die Jedermannschuhe, zum gleichen, sogar in einigen Fällen etwas niedrigeren Preisen herzustellen und namens sie Konsumschuhe.

Nun ist es leider ein Irrtum, wenn man glaubt, daß die in Südwestdeutschland hergestellten Konsumschuhe in Baden vernünftig werden dürfen. Da gibt es nämlich noch Ihre Majestät, die Lederzentrale — und wir haben in der französischen Zone gleich drei davon. Die für Baden zuständige Zentrale gibt Bestellungen aus, aber für bisher 40%, seit kurzem 50%, dieser Zuteilung müssen die Schuhe aus der Pfalz bezogen werden. Also nur 10% der auf Bestellung Schuhe dürfen aus Südwestdeutschland erworben werden, aber keine Konsumschuhe. Deren Ausfuhr nach Baden ist ausdrücklich verboten. Nur — im Einkauf etwa 10 DM — leuzere Schuhe dürfen mit diesen Bestellungen in Württemberg gekauft werden — wahrscheinlich, weil die Pfälzer Schuhe teurer sind und sie sind nicht nur teurer, sondern auch schlechter in der Qualität.

Man steht nun in Baden mit Recht auf dem Standpunkt, daß die teureren und in der Qualität minderwertigen Pfälzer Schuhe in Anbetracht der Leistungsfähigkeit der württembergischen Schuhindustrie der badischen Bevölkerung nicht zugunsten werden können. (Wir hatten Gelegenheit, den Jedermannschuh neben dem Konsumschuh und dem Pfälzer Schuh in Augenschein zu nehmen.)

Nichts wäre nun einfacher, als diese Minderlinge zu beseitigen. Man braucht nämlich nur die drei Lederzentralen zu einer zu vereinen, die französische Zone in bezug auf die Schuhbewirtschaftung einheitlich zu gestalten, eine in der ganzen französischen Zone geltende

Preise, die spalten

Professor Erhard hat vor einigen Tagen in einer Rede erklärt, er hoffe, daß die Läger im Einzelhandel und in den Fabriken bald geräumt seien; er wünsche das nicht, so glaube er eine neue Bewirtschaftung in Deutschland nicht vermeiden zu können. Er ging bei dieser Drohung zweifellos von dem Gedanken der Versorgung aus, jenen imaginären Trugbild, dem schon mancher verfallen ist. Erhard wünscht eben eine gewisse Versorgung und meint, wenn man die vielen Läger räumt, dann sei die Versorgung einigermaßen erreicht. Es wäre nun nicht schwer, aus diesen Äußerungen ein weiteres zu schließen, nämlich, daß Herr Erhard dafür gesorgt hat, die Produktion anzukurbeln, die die Läger wieder schnell füllt. Diese Folgerung muß man schon deshalb ziehen, weil man sich an die vorgeschlagenen Bestimmungen erinnert, die vor der Währungsreform in Richtung auf die Lagerbestände getroffen wurden. Man war sich damals darüber im klaren — und hatte recht damit — daß die neue D-Mark nicht auf leere Geschäfte stützen dürfe. So wird also auch Herr Erhard heute nicht wünschen, daß nach Weihnachten die Läden von Löhnen und Gehältern kimmernde Kraftkraft auf leere Läden und leere Läger steht.

Die nächste Ausgabe unserer „Wirtschaftsrevue“ — Nr. 52/53 — erscheint in verstärktem Umfang als

Jahresschlußnummer

zwischen Weihnachten und Neujahr. Sie enthält eine Reihe von Jahresübersichten einzelner Branchen, eine Gesamtschau über das abgelaufene sowie einen Ausblick auf das kommende Jahr.

Verlag und Redaktion.

Man wird vielleicht die Läger wirklich geräumt und wir würden im Januar vor einem Vakuum stehen. Die Festsetzung des Angebots verbunden mit Wirtschaftlichkeit würde das richtig, und dies hätte dann auch eine weitere wirtschaftlich richtige, darum günstige, Wirkung: Die Produktion stieg weiter. Wir haben immer die Ansicht vertreten, daß die Produktion nur solange

Schuh-Partikularismus

Wir haben immer geglaubt, es gäbe in Westdeutschland praktisch nur zwei Zonen, nämlich die Doppelzone und die französische Zone. Inzwischen wurden wir eines Besseren belehrt: Die französische Zone zerfällt noch einmal in Teile und zwar in drei. Am Beispiel der Schuhwirtschaft wollen wir das näher erläutern. Zunächst einmal gibt es in der Doppelzone ein Jedermannprogramm, in dem auch Schuhe vorgesehen sind; dort sind etwa 60% der Schuhproduktion auf Jedermann eingestellt. In der französischen Zone haben wir kein Jedermannprogramm, aber die südwestdeutschen Schuhfabriken lassen es sich nicht nehmen, ebenfalls Schuhe, zum Teil sogar in besserer Qualität als die Jedermannschuhe, zum gleichen, sogar in einigen Fällen etwas niedrigeren Preisen herzustellen und namens sie Konsumschuhe.

Nun ist es leider ein Irrtum, wenn man glaubt, daß die in Südwestdeutschland hergestellten Konsumschuhe in Baden vernünftig werden dürfen. Da gibt es nämlich noch Ihre Majestät, die Lederzentrale — und wir haben in der französischen Zone gleich drei davon. Die für Baden zuständige Zentrale gibt Bestellungen aus, aber für bisher 40%, seit kurzem 50%, dieser Zuteilung müssen die Schuhe aus der Pfalz bezogen werden. Also nur 10% der auf Bestellung Schuhe dürfen aus Südwestdeutschland erworben werden, aber keine Konsumschuhe. Deren Ausfuhr nach Baden ist ausdrücklich verboten. Nur — im Einkauf etwa 10 DM — leuzere Schuhe dürfen mit diesen Bestellungen in Württemberg gekauft werden — wahrscheinlich, weil die Pfälzer Schuhe teurer sind und sie sind nicht nur teurer, sondern auch schlechter in der Qualität.

Man steht nun in Baden mit Recht auf dem Standpunkt, daß die teureren und in der Qualität minderwertigen Pfälzer Schuhe in Anbetracht der Leistungsfähigkeit der württembergischen Schuhindustrie der badischen Bevölkerung nicht zugunsten werden können. (Wir hatten Gelegenheit, den Jedermannschuh neben dem Konsumschuh und dem Pfälzer Schuh in Augenschein zu nehmen.)

Nichts wäre nun einfacher, als diese Minderlinge zu beseitigen. Man braucht nämlich nur die drei Lederzentralen zu einer zu vereinen, die französische Zone in bezug auf die Schuhbewirtschaftung einheitlich zu gestalten, eine in der ganzen französischen Zone geltende

weiter räumen wie die Preise steigen, und daß der Umschwenk oder zunächst einmal das relativ stabile Beispiel...

Neues Außenhandelsverfahren der französischen Zone

Die so oft in Aussicht und immer wieder zurückgestellte Veranschlagung von Orléans und JEIA ist mit Wirkung ab 14. Oktober 1948 Wirklichkeit geworden...

ebenfalls eine Herabsetzung in Kraft treten, die zwar auch eine Verringerung und Erleichterung gegenüber dem bisherigen Zustand bringt...

Der Handelsabkommen, begleitet von internationaler Produktivität und Demobilität bei Bahntransport...

deutsche Exporteur damit einverstanden, daß er in D-Mark auf Grund des Kurses von 200 Dollar je D-Mark bezahlt wird...

der selbst kontrollieren und sich damit als Kaufmann im Ausland betätigen kann...

Es darf nach der lebensschaffen Delikte im Preissteigerungen und Handelskämpfen nicht unterlassen werden...

Die somit nunmehr für die französische Zone bestehende Übergangsperiode ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr auf einem Teilgebiet dem Wechselkurs und dem Bonusverfahren...

Wie müssen die Ausfuhrverträge aussehen? Die Ausfuhrverträge müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Vorbestallung Für eine Reihe von Waren gilt diese Regelung jedoch noch nicht...

Zweifelslos macht die grundsätzliche Freigabe der Ausfuhr in der Doppelsonne den fertigen Exporteur gegenüber dem der französischen Zone zumindest unter gleichen Voraussetzungen im Ausland...

Nun gilt es aber Momente, die dieses Risiko erleichtern — Momente, die weder die Produktion, noch der Handel zu vertrieben hat...

Das Verfahren Vom 1. Dezember 1948 ab gilt also in der Doppelsonne ein neues, wesentlich vereinfachtes Außenhandelsverfahren...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Künftiger Kreditbedarf der Landwirtschaft Agrarkreditgesetz läuft auf sich warten...

Warum schwierige Stromversorgungslage? Drei Gründe vermindern neben der geringen Wasserkraft der Elbe die heutige Stromerzeugung...

BEW-Hamburg, Energieversorgung Schwaben, Bayernwerk, Badenwerk und Preussische Elektrizität AG...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Industriebank AG Neben der Wiederaufbaubank, die nach langen Schviclen durch den erweiternden Gesetzentwurf wieder etwas von sich hören ließ...

Deutsche Verbindungsgesellschaft e. V. Unter diesem Namen ist mit dem Btl. Reichsberg ein freiwilliger Zusammenschluß der größten Verbandsunternehmen der Bäume...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Die Ausführungsmöglichkeiten müssen französisch abgefaßt sein und der handelsüblichen Form von Kaufverträgen entsprechen...

Unterschiedliche Maschinenpreise Ebenfalls wichtig nach der prinzipiellen Seite ist der in dem jüngsten Satz enthaltene Vorschlag Schlange-Schlange...

Lebensversicherungen haben sich gut gehalten

Etwa zwei Drittel der Versicherungssummen bleiben — Neugeschäft fast auf Vorkriegshöhe

Professor Rießel hat in seinem Vortrag, den wir in der vorigen Ausgabe kurz wiedergehen, eine Reihe von Problemen der deutschen Versicherungswirtschaft angesprochen, die wir heute näher betrachten wollen.

Nach dem tiefen Schnitt der Währungsreform erscheint es uns zweckmäßig, daran zu erinnern, wie a. B. die deutschen Lebensversicherungen seit der Währungsreform 1933/34 entwickelt haben. 1924 bestanden 233 Mill. Stück Lebensversicherungen mit 134 Mrd. RM. Lebensversicherungssumme 1932, also 8 Jahre später, waren es bereits 1624 Mill. Stück mit 1833 Mrd., 1938 schon 21,15 Mill. Stück mit 19 Mrd. und 1938 41,6 Mill. Stück mit 31 Mrd. Versicherungssumme. Gerade die Erhöhung der Stückzahl zusammen mit der Versicherungssumme sagt, daß die Lebensversicherungen immer stärker in die Breite gingen. Noch 1932 lag der Durchschnitt weit über 1000 Mark, 1938 kaum noch bei 800 Mark.

In den drei Westzonen haben viele Versicherten nach der Währungsreform nicht so viel Geld gehabt, um ihre Prämien weiter zahlen zu können. Auch heute noch ist der Prämienbeitrag nicht so gut wie früher und die Versicherungsgesellschaften müssen Öfter mahnen, als sie es gewohnt sind. Dabei werden selbstverständlich die kleineren Prämien leichter und zuverlässiger gezahlt als die großen. Trotzdem wird ein großer Teil der Lebensversicherungen aufrechterhalten. Ein vollständiger Überblick ist auch hier noch nicht möglich. Aber umfangreiche Teilergebnisse lassen folgende Bild erkennen: 65–70% werden ihre Lebensversicherung fortsetzen, 10% sind noch unentschieden im Kleinstbetrag und die Zahlen noch etwas günstiger, im Großteil aber ein kleiner Prozentsatz vorübergehend nur die Halbpremie. Man rechnet damit, daß etwa 80% ihre Versicherung erhalten.

Neugeschäft

Auch das Neugeschäft hat sich zufriedenstellend entwickelt. Die Neuzugänge in den letzten Wochen, um damit anzufangen, liegen schon auf einer Höhe, die den Monatsdurchschnitt der Zeit vor dem Kriege annähernd erreicht. Diese Entwicklung verdient festgehalten zu werden, weil die Entwicklung bei den Sparkassen, dem anderen Faktor in der Kapitalbildung, genau entgegengesetzt geht. Alle Berichte der Sparkassen zeigen, milde ausgedrückt, einen schäblichen Sparverfall. Es ist heute kein Geld mehr, daß die Sparkassen sich in einer sehr kritischen Lage befinden.

Das Neugeschäft entwickelte sich, in Zahlen ausgedrückt, wie folgt: Im Juli ein Neuzugang von rd. 64, im August von 94; im September von 107 und im Oktober von 141 Mill. DM, also in den 4 Monaten zusammen rd. 408 Mill. DM. Es sind nun hier und da in der Presse Bedenken aufgetaucht, die sich dahin präzisieren lassen: Viele hätten Lebensversicherungen abgeschlossen, um heißes Geld anzulegen, nicht aber um wirklich zu sparen für den Lebensabend. Zwei Tatsachen können dieses Bedenken sofort zerstreuen: 1. Die Durchschnittssumme der nach der Währungsreform abgeschlossenen Lebensversicherungen liegt mit 4600 DM weit unter dem Durchschnitt von vor dem Krieg mit 5000 und mit etwa 3200 vor der Währungsreform. 2. Bitter bekannt sein, daß der Abschluß einer Lebensversicherung von bestimmter Höhe ein von dem Lebensversicherungsgesellschaft den Finanzleuten angezeigt werden muß. Im übrigen sind tatsächlich so gut wie keine sogenannten Kleinstlebensversicherungen nach der Währungsreform abgeschlossen worden, und nur diese hätten sich für den bedenklichen Zweck geeignet. In den Monaten Juli bis Oktober 1948 sind 45415 Großlebensversicherungen mit einer Versicherungssumme von 17,6 Mill. DM abgeschlossen worden; der Durchschnitt betrug also 3911 DM. In der gleichen Zeit wurden 317305 Kleinstlebensversicherungen mit einer Summe von 230 Mill. DM abgeschlossen, also einem Durchschnitt von 733 DM gegen durchschnittlich 660 bis 850 DM in der Vorkriegszeit.

Restschulden

Damit könnte man nun meinen, daß die Lebensversicherungsgesellschaften mit ihrem Geschäft zufrieden sein könnten, aber es einfach liegen die

Dinge nicht. Zunächst seien die sogenannten Restschulden aus Versicherungen nach der Kapazität erwähnt. In den Monaten Juli, August und September war vieles noch wesentlich unklar, als heute und die Versicherungsgesellschaften haben bei auftretenden Versicherungsfällen zunächst nicht immer den vollen Betrag gezahlt. Das muß jetzt nachgeholt werden, obwohl heute wieder neue Unklarheiten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich auftreten.

Die zweite Sorge hängt mit den Ausgleichsforderungen zusammen. Bekanntlich erhalten die Versicherungsgesellschaften ähnlich wie die Banken zum Ausgleich ihrer Bilanz Schuldtitel der Länder. Wie genau im Gesetz nicht ausdrücklich erklärt, verständlich ist, daß die Länder finanziell gesehen, keineswegs als erstklassige Schuldner betrachtet werden dürfen, könnten wir uns gut vorstellen, daß die Versicherungsgesellschaften, insbesondere wenn man in die ungewisse vorsichtige und nicht Finanzierung vor dem Kriege denkt, diese Schuldtitel nicht als so gut betrachten, wie früher die Aktivisten in ihren Filialen. Wie hoch diese Ausgleichsforderungen einmal sein werden, ist heute nicht mit Sicherheit anzugeben. Die Größenordnung dürfte sich zwischen 1 Mrd. im Minimum und etwa 1 1/2 Mrd. DM im Maximum bewegen.

Private Renten

Eine weitere Sorge bilden die Rentenversicherungen. Hier steht die soziale Belastung und die offensichtliche Ungerechtigkeit im Vordergrund — und die bei einer Neuverteilung eventuelle notwendige finanzielle Belastung der Versicherungsgesellschaften an anderer Stelle. Bereits 3 Wochen nach der Währungsreform wurde von den Lebensversicherungsgesellschaften eine Eingabe gemacht, die die ungewisse Ungerechtigkeit kritisierte, die durch die Umstellung der privaten Rentenversicherung im Verhältnis 10:1 gegenüber den Sozialversicherungen im Verhältnis 1:1 entstand. Schon damals hat der Lebensversicherungsverband vorgeschlagen, die Monatsrenten bis zu 50 Mark 1:1, die Renten zwischen 50 und 100 Mark 1:2 und die höheren Renten 1:16 umzustellen. Immer wieder ist dann in dieser Richtung gehandelt worden und es scheint heute so zu sein, als ob diese Bemühungen Erfolg gehabt haben: Es besteht einige Aussicht darauf, daß die Renten bis zu 40 DM im Verhältnis 1:1 aufgewertet werden, wobei selbstverständlich die Ausgleichsleistungen gegenüber den Ländern erhöht werden. Man hat errechnet, daß der oben erwähnte Vorstoß der Verband eine Erhöhung der Ausgleichsforderungen um rd. 300 Mill. DM erfordern würde. Der verweise, jetzt vielleicht praktisch werdende Vorschlag würde weniger Mittel erfordern, aber — und was kommt die finanzielle Belastung für die Versicherungsgesellschaften — Sie müßten diese Gelder jetzt zahlen, obwohl von den Ländern nicht zu erwarten ist, daß sie die Versicherungsgesellschaften dabei unterstützen könnten. (Es wird von einem Betrag von etwa 300 Mill. DM gesprochen, der dazu nötig wäre.)

Ausbleibende Zinsen

Damit im Zusammenhang sei eine weitere Sorge erwähnt: Das Ausbleiben der Zinszahlung für die Ausgleichsforderungen. Es handelt sich um die Zinszahlungen für die Lebensversicherungen wesentlich sind, als der Bil-

langsposten „Ausgleichsforderungen“. Nun ist jetzt ein halbes Jahr seit der Währungsreform vergangen und die Länder müßten die 2 1/2% Zinsen für die Ausgleichsforderungen bezahlen. Rechnen wir mit 1,3 Mrd. Ausgleichsforderungen, so müßten die 11 Länder jetzt 310 Mill. DM für das vergangene halbe Jahr an Zinsen bezahlen. Nach Lage der Finanzen der Länder ist nicht damit zu rechnen, daß diese Beträge eingehen. (Nebenbei bemerkt sei, daß in den letzten Wochen die Länder der Westzone gemeinsam Kasienkredit an ein Finanzinstitut besonders schlecht stehendes Land (Schleswig-Holstein) geben mußten.)

Bedenken wir dies und kehren noch einmal kurz zu unserm Gedanken über die private Rentenversicherung zurück, dann zeigt sich, wie billig die Länder auf dem Umweg über die Lebensversicherungen dazu kommen, soziale Verpflichtungen, die sie, wenn auch nicht juristisch, so doch moralisch haben, abdecken zu können: Mit wenigen Millionen DM im Jahr für Zinszahlungen leisten die Lebensversicherungen Renten bzw. werden sie im Verhältnis 1:1 auf, da die Währungsreform ja nicht von den Lebensversicherungen zu vertreten ist, moralisch eigentlich die Länder zu zahlen hätten.

Handwerker

Eine weitere Sorge liegt in der Handwerkerversicherung. Die Ungerechtigkeit ist die gleiche wie bei den Renten: Die Ansprüche bzw. Anwartschaften der sozialversicherten Handwerker sind im Verhältnis 1:1 im DM auszusagen worden. Die Lebensversicherungen der Handwerker aber unterliegen der Abwertung wie alle Lebensversicherungen. Es handelt sich bereits um einen Bestand von über 1 1/2 Mrd. Versicherungssumme, wenn man nur die Versicherung bis zur gesetzlichen Mindesthöhe von 5000 DM berücksichtigt. Für diese Gruppe hat der Verband der Lebensversicherungen ebenfalls beantragt, zur Auffüllung der Prämienreserven zusätzliche Ausgleichsforderungen zur Verfügung zu stellen. Man muß doch daran denken, daß dies eine Pflichtversicherung war. Die dafür notwendigen zusätzlichen Ausgleichsforderungen werden mit etwa 300 Mill. DM veranschlagt — oder 18 1/2% DM Zinsen pro Jahr für alle Länder der Zone.

Es sei hier kurz eingeschaltet, daß sämtliche Betriebskassen, die den Versicherungsgesellschaften, ebenso wie den Banken, aus dem Lastenausgleich entstehen werden, praktisch doch von den Ländern gezahlt werden müssen, weil sich die Ausgleichsforderungen teilweise um den gleichen Betrag erhöhen.

Rechtliche Komplikationen

Soziale Härten ergeben sich aber auch aus anderen Gründen, die nur indirekt mit den Versicherungen zu tun haben. Wir greifen die Pensionistenstellungen und die Haftpflichtschäden heraus. Gesellschaften, die Pensionen verpflichtungen gegenüber ihren Erfolgsschülern übernehmen haben, legen die entsprechende Prämienreserve bei den Versicherungen an. Soweit sie sie in ihrer eigenen Gesellschaft anlegen, wollen wir hier nicht darüber sprechen. Diese Prämienreserve ist selbstverständlich im Verhältnis 10:1 abgewertet, aber die Pensionenverpflichtungen bleiben in voller Höhe, nämlich 1:1 bestehen. Die Firmen müssen also 1:1 zahlen, haben aber zum Teil der hierfür angelegten Reserven verloren.

Bei den Haftpflichtschäden ist es ähnlich. Nehmen wir an, Herr A hat vor 10 Jahren mit seinem Wagen Herrn B überfahren und ist durch Gerichts Urteil zur Zahlung einer lebenslangen Rente an den schwer verletzten B verpflichtet worden. Herr A war in einer Haftpflichtversicherung, und diese zahlte die Rente. Da die Versicherungsgesellschaft nur Erfüllungsberechtigter, aber nicht ein Erfüllungsberechtigter, und die Prämienreserve für die Haftpflicht 10:1 abgewertet ist, zahlt jetzt die Versicherungsgesellschaft nur noch ein Zehntel der vom Gericht festgesetzten Rente, aber die Rentenzahlung ist als wiedereinsetzende Leistung und ausdrücklich im Währungsgesetz als im Verhältnis 1:1 weiter zu zahlen bestimmt worden. Herr A muß also jetzt für die Zeit vor der Währungsreform neun Zehntel der Rente aus eigenem Geld an Herrn B zahlen.

Sachversicherung

Werfen wir noch kurz einen Blick auf die Sachversicherung. Hier haben sich die Versicherungen als große Stütze der Währung erwiesen. Mit Ausnahme von Einbruch-Diebstahl ist bis jetzt noch keine Prämienhöhung vorgenommen worden, obwohl doch die Preise sehr erheblich gestiegen sind, und damit sich die Versicherungsleistungen im Sachvermögen sich laufend dauernd erhöhen. Die Versicherungsgesellschaften bemühen sich weiter, ohne Prämienhöhung auszukommen, aber die Preissteigerungen machen ihnen immer größere Schwierigkeiten. Trotz der großen finanziellen Schwierigkeiten, kurz nach der Währungsreform haben sich die deutschen Sachversicherer in zwei Großfällen sofort bereit erklärt, die Schäden voll zu tragen. Wir denken an Luftschäden und an Karstadt in Hamburg. Im Falle Luftschäden dürfte sich der direkte Schaden in der Fabrik bei 15 Mill. DM und etwa bei 1 Mill. DM für die Beschädigten außerhalb der Fabrik belaufen. Davon sind 9 Mill. DM bereits bezahlt.

„Emissionen“

Die Versicherungsgesellschaften sind inzwischen auch hier und da wieder als Kapitalgeber aufgetreten. Unsere Leser ist dies aus einigen Meldungen bekannt. Jedoch sind diese Transaktionen nicht ohne Kritik geblieben und im Zusammenhang damit wird heute wieder sehr stark auf die Gefahr der zu großen Unternehmungen hingewiesen. Wie recht haben alle die, die glaubt, die u. a. vor einem einzigen großen Manns-Versicherungskonzern gewahrt haben, wenn man an die oben geschilderten Verhältnisse bei der privaten Rentenversicherung denkt. Die Kritik hat ihren Niederschlag in einer Pressemitteilung des Verbandes für Lebensversicherungsgesellschaften gefunden, die keiner Ergänzung oder Kommentierung bedarf und die sich mit unserer Meinung voll deckt. Sie lautet:

„Seit der Währungsreform sind von einigen Großunternehmen Schuldenrückstellungen in Höhe von jeweils 10–25 Mill. DM in Form von Einsetzungen mitgeteilt worden, die von Versicherungsgesellschaften genehmigt und übernommen werden sollen. Diese „Emissionen“ können den Eindruck entstehen lassen, daß die Lebensversicherung immer vertretenen Prinzip einer gesunden Mischung ihrer Deckungsmittel vernachlässigt wird.“

Marshall-Plan in der französischen Zone

Einkaufsbewilligungen für rund 18 Millionen Dollar

In den ersten acht Monaten der Marshall-Plan-Hilfe (1. April bis 30. November 1948) erreichten die Einkaufsbewilligungen für die französische Zone insgesamt 48 619 000 Dollar. Davon entfallen 30 879 200 Dollar auf Industrieerzeugnisse.

Auf Grund dieser Einkaufsbewilligungen wurden bereits größere Warenmengen verschifft. Sie repräsentieren einen Wert von 25 753 900 Dollar oder mehr als 50% des Gesamtbetrages der Einkaufsbewilligungen und bestehen aus: Mehl und Getreide für 21 123 300 Dollar, Baumwolle für 3 432 900 Dollar, Treibstoff für 1 137 400 Dollar und Tiegwaren für 30 900 Dollar. Der größte Teil dieser Erzeugnisse ist bereits in den europäischen Ausnahmehäfen (Antwerpen oder Rotterdam) eingetroffen. Auf See befinden sich noch: Mehl und Getreide für 3 100 300 Dollar, Baumwolle für 688 200 Dollar und Treibstoff für 117 900 Dollar.

In der Wertpapiergruppe der norddeutschen Erzeugung von 72 Mill. DM im Juni auf 90 Mill. im Oktober kommt die Aufwärtsentwicklung der industriellen Produktion des Landes am deutlichsten zum Ausdruck. Einen weiteren Beweis stellt die Zunahme der Beschäftigten dar. Sie ist im gleichen Zeitraum von 102 000 auf 114 000 erhöht. Im Werte ist also eine Steigerung von rund 30% im Beschäftigungszustand um rund 10% festzustellen.

Die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeitskräfte ist vom April bis September 1948 um 9,2% der Umsatz um 41% gestiegen. Die Produktion der Baumwollspinnerei erhöhte sich um 30%, der Webereien um 24,7%.

Für die Zeit von 1. April 1948 bis 30. Juni 1949 wurden für die französische Zone im Rahmen des Marshall-Planes Kredite von insgesamt 120 Mill. Dollar bewilligt. Der Gesamtbetrag der Kredite für 1948 betrug sich auf 8235 Mill. Dollar.

In der zweiten Novemberhälfte sind im Hafen von Rotterdam fünf Schiffe mit Waren für die französische Zone eingetroffen. Die Ladung besteht aus 13 352 t Weizen bzw. Weizenmehl und

In einer der nächsten Ausgaben bringen wir eine neue Rubrik

Arbeits- und Steuerrechts-Praxis

Die einschlägigen Fragen werden von Sachverständigen nach Maßgabe des § 676 BGB beurteilt.

Getreu unserem Grundsatz, alle Probleme im engsten Kontakt mit der Wirtschaft zu behandeln, werden wir die gerade in den letzten Monaten in immer stärkerem Maße auftretenden Fragen in

Briefkastenform

behandeln und beantworten.

Die Anfragen werden von uns zusammengefaßt der Antwort vorangestellt und nach Sachgebiet (z. B. Kündigungsrecht, Tarifrecht, Einkommensteuer usw.) geordnet, so daß unser Leser einen erleichterten Überblick haben.

Anfragen

stehen nur den Besitzern unserer Zeitung frei. Den Anfragen ist die Nummer des laufenden Abonnements oder die letzte Postungittung, bzw. der Bestellschein beizufügen.

Zur Vermeidung der Angabe von Name und Anschrift des Anfragenden bei der Beantwortung in unserer Zeitung, ist die Anfrage mit einem

Kennwort

zu versehen. Verlag und Redaktion.

ren die Versicherungsunternehmen nur einen beschränkten Teil der Kreditwünsche erfüllen, mit denen sie aus allen Teilen der Wirtschaft, insbesondere auch zur Finanzierung des Wohnungsbaus, überhäuft werden.

Der Verband der Lebensversicherungsgesellschaften sieht sich daher veranlaßt, seine Mitglieder darauf hinzuwirken, daß durch die genannten Emissionen ein sehr erheblicher Teil der zur Anlage verfügbaren Mittel gebunden würde. Es wäre eher vermieden werden, daß die übrigen, im Interesse der Gesamtwirtschaft mindestens ebenso dringlichen Ansprüche auf Gewährung langfristigen Kredits nicht mehr angemessen berücksichtigt werden können, und daß das von der Lebensversicherung immer vertretenen Prinzip einer gesunden Mischung ihrer Deckungsmittel vernachlässigt wird.“

Am Ausguck: 10 Millionen Worte — und das Ergebnis

Nachdem man auf der Pariser Session der UN in 16 Hauptbeiträgen und 588 Korrespondenzen 10 Millionen Worte gesprochen hatte, ist die Tagung beendet worden, die nach dem Weltkriegsbestehen wegen, an dem in aller Welt die Beachtung von Redaktionen, „Friede auf Erden“ die Behauptung der Menschheit in drei Worten — letztlich in Erforschung gerufen wird.

Am 1. April — wiederum Datum — soll die neue Session in New York wieder aufgenommen werden. Und das Ergebnis des Aufwendens von 18 Millionen Worten, die für die Erneuerung des Friedens im Palais Chaillot gesprochen wurden? Die Weltliche und die weltliche Vertreter — denn es gibt in wesentlichen um deren Erlangung und Friedfertigkeit — sind der Ansicht, daß die Tagung nicht in negativer Richtung sei. Die einen erklären, endlich habe die Weltöffentlichkeit die wahren Ziele der kommunistischen Blasen, deren Vertreter inzwischen wissen darauf hin, daß die Welt endlich klar wisse, wie die Westmächte wolle. Die USA seien die Geschöpfen. Das Wortgeleit sei also beendet und die Beteiligten gehen betriebsmäßig mit dem Gefühl in die weitverbreiteten Weltwärtsreisen, daß sie einen Sieg errungen haben. Auf dieser Basis ist also die Erneuerung des Friedens gesichert und es wäre daher jetzt neue Session, auch wenn die der Mehrzahl von 13 Millionen Dollar kosten sollte, zu begrüßen.

Einer Meinung vor der Beendigung der Generalversammlung kam noch ein Hilferuf von der westlichen Hemisphäre, ein Telegramm der Regierung von Costa Rica, die als Beweis ihrer Friedenswillen vor kaum einer Woche ihre Armee aufgelöst hatte, wozu das Land von bewaffneten Truppen aus Nicaragua überfallen worden sei. Gleichzeitig hat sich Costa Rica an die Panamerikanische Union gewandt um die

Hilfe, den Rat einzuberufen. Damit könnte der Pakt von Rio, der erst vor wenigen Tagen von den Mitgliedstaaten ratifiziert worden ist, in der Praxis seine Bestätigung empfangen. Wie man sieht, ist es noch etwas vorfristig, selbstverständlich durch Auflösung der Armeen und Vernichtung der Waffen, den Friedenswillen beste sicher zu demonstrieren.

Während die UN tagte, bemühten sich die Westmächte weiter, ihrem Atlantikpakt auszuweichen und zu festigen. Man beschuldigt Dänemark, Norwegen, Portugal und auch Island — das zwar ihre lebenswichtigen Beziehungen zu den USA nicht haben, aber über einen großen Flugplatz verfügt — einzeln, ebenso über auch Italien und Irland einzeln, das Westeuropas soll also zu einem komplexen, weitestgehend zusammengeschlossenen werden, der sich an die westliche Hemisphäre mit Einbeziehung der Mittelmeerstaaten des Paktos von Rio anließen soll. Es scheint, daß man dieses Ziel mit etwas mehr Nachdruck verfolgt, weil man davon überzeugt ist, vor allem in den USA, daß die Inselrepublik in China von Tag zu Tag schwächer wird und daß im Augenblick eine materielle Hilfe der Lage Tsinghaichau nicht zum Bestehen zu werden vermöchte. Tsinghaichau vertritt noch nach einer Koalitionswahl, der sowohl die Kommunisten als auch die Konservativen angehören müßten. Die Vermöchte selbst. Um so dringlicher sind die Kommunisten, ihrer Forderung habe, daß ein Kongress mit Teilnahmenden nicht in Frage komme. Die Kommunisten seien unzufrieden, die amerikanischen Hilfe an Tsinghaichau sei ihnen sehr profitabel gekommen, sie hätten in einer schicklichen Ausweitung und Munition in einem Umfang beobachtet, der amerikanischen Lieferungen von drei Monaten entspräche.

Es ist anzunehmen, daß sich im Fernen Osten nunmehr das Interesse von Seiten der USA bis auf weiteres mehr dem besetzten Japan zuwenden wird. An sich ein außerordentlich heikles Problem, das aber die Sicherheitsbestimmungen der UN stark berührt, ähnlich etwa dem spanischen Problem. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Amerikaner politische oder wirtschaftliche Interessen anderer Mächte ihrem eigenen Sicherheitsbedürfnis unterordnen, ebenso wie dies England im Falle der italienischen Kolonien sein Anspruchs bringt.

Gegen englische Politik wird heute, nach der Unterhandschritte, der Vorwurf erhoben, daß er kein Marsch links verfolge. Den Eindruck, dass Kommunisten in der britischen Außenpolitik beständig nach der Londoner Bescheidensatz der „Radio London“ nach einem Gespräch mit einem Mitglied der Labor-Bewegung, daß eine außenpolitische Linie habe die britische Regierung Geduld, statt eines Angriffsbündnis oder auch nur eines Verteidigungsplans in Kalten Krieg hat sie ein unbegründetes utopisches Vertrauen in einen dreiwöchigen Korrespondent in Kiew, nur ein Geistesprodukt heraus, schreibt der Berichterstatter weiter, erklärt sich die oben unverständliche Handpolitik, die es müßte, daß man ebenfalls ein Angebot von Russland zu einen und die Dienstzeit zu verlängern beginnt, andererseits aber frühlich wiederholt, den Russen Dönermörtern, Generatoren, Kesselrohr und andere zu verkaufen, werde sich gelegentlich im Deutschen die Opposition gegen solche Lieferungen, als stünde der Staatssekretär für Außenhandel auf und erwähne, daß die Regierung sich ihrer Verantwortung bewußt sei und über die Definition von Kriegsmaterial bekanntlich, selbstverständlich unterstützen sei, mache man sich darauf aufmerksam, daß man in Kriegsrisikoreicheres Material genau so verdienen verstanden habe, so erziele der Staatssekretär keine Antwort. Man ließe

große Mengen an Generatoren nach Russland und bitte gleichzeitig die englische Bevölkerung, doch in Frieden zu sparen, denn es seien nicht genügend Generatoren vorhanden. Das habe eine, einer solchen Politik könnte nicht nur Außenminister, sondern auch sehr viele Engländer nicht zustimmen.

Einer Kritik scheint etwas zu kurz, im wesentlichen hat England ein großes Ziel, die Wiederherstellung des Gleichgewichts, stets im Auge. Dies unverständlich auch ein Londoner Bericht der NZL, „Kommunisten, wie sie in der englisch-französischen Kontroverse über die Außenhandelspläne für die nächsten vier Jahre zum Vorschein gekommen sind, Kiberschlüssel, wie sie in jeder Allianz auftauchen, Prestigefragen, wie sie in der Außenhandelspolitik mit Amerika über die Demontage aufgetaucht sind — all das kann nicht über die entscheidende Tatsache hinwegtäuschen, daß die Westmächte sich von dem Ziel eines systematischen Verständigung Europas nicht mehr abbringen lassen und daß England mit ganzer Kraft an gleichem Strang zieht.“

Auch der österreichische Staatsvertrag steht wieder einmal zur Debatte. Beinahe in der Unterwelt, er sei der Ansicht, daß man den gegenwärtigen Zustand in Österreich nicht ändern lassen sollte. Die vier Großmächte sollten ihre Truppen zurückziehen und Österreich seine Freiheit schenken. Es sei eine schreckliche Art, die unter der Großmächten bestehenden Schwierigkeiten auf kleine Staaten und unschuldige Menschen auszuüben. Die Österreichler sind ebenfalls Ansicht, die sind gar nicht so glücklich von der beschriebenen Linie, die man ihnen entgegenbringt. Sie verweigern, sie nach eigener, im Osten her, man sich auf Besinnung und Verzicht einlassen, man will wissen, wie man sich verhalten, in Ruhe und unangestörte Kapazität hat. Trotzdem, die Österreichler sind wieder etwas optimistischer und betrachten die Lage als nicht ganz hoffnungslos.



Wir greifen auf:

Spielzeug

Wie „Echange“ berichtet, hat der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen Dr. Heinrich Weitz der zuständigen britischen Besatzungsbehörde eine Schrift überreicht, in der Beschwerde darüber geführt wird, daß die Landesfinanzen durch Besatzungskosten ungebührlich belastet werden. Es wird darum gebeten, diese Kosten dem Marshall-Plan und den finanziellen Verhältnissen des Landes anzupassen. Von den 1,5 Milliarden des Finanzbudgets des Landes für das Jahr 1948 entfielen, so heißt es in der Schrift, 400 Mill. DM auf Besatzungskosten, darunter sind Posten, die der laufenden deutschen Produktion gegenüber britischer Besatzung in Deutschland entnommen wurden. Unter diesen Posten werden, immer nach „Echange“, u. a. 30.000 Garnituren Damenunterwäsche und 100.000 elektrische Spielzeugsachen angeführt. Die Damenunterwäsche für die z. B. auch die sowjetischen Besatzungsmächten alljährlich Vorläufe setzen, wird aber, so nehmen wir an, in Deutschland zu bleiben sein. Sie dient wahrscheinlich einer Osterstützung der Fraternität von allerdings etwas zweifelhaftem Wert. Ob aber nach der Haager Konvention, der man, wie verlautet, englischerseits scheinlich die Besatzungskosten anleihen will, für diese Zwecke rezeivolle Damenunterwäsche der laufenden Produktion entnommen werden kann, ist nicht ganz klar, denn die Väter dieser Konvention befaßten sich damals nicht mit Gedächtnis in Solde. Daß die eine Ware mit der anderen, dem Spielzeug, im engeren Zusammenhang steht, ist jedoch kaum anzunehmen. Die Spielzeugsachen haben die Bremer Väter als Geschenke für ihre Kinder nach England mitgenommen.

Wieder Kompensationsgeschäfte

Unsere Leser ist bekannt, daß die Kompensationsgeschäfte neuerdings wieder verboten sind und unter Strafe gestellt werden. Wir haben dieses neue Verbot aus mehr als einem Grunde nicht verstanden und seine Richtigkeit und Notwendigkeit bezweifelt.

Jetzt geht sogar die hohe „Verwaltung für Wirtschaft“ in Frankfurt dazu über, Kompensationsgeschäfte wieder einzuführen. Es handelt sich um Zellwolllieferungen für die Besorgung von Holz. Man will also durch Lieferung von Zellwolle eine verbesserte Beschaffung von Holz für die Zelluloseindustrie erreichen. Die Verwaltung für Wirtschaft hat einen entsprechenden Entwurf vorbereitet, der unter dem Aspekt „Holzprämie“ etwa folgendes vorsieht: Die Verwaltung für Wirtschaft wird der Fachstelle für Holz und Papier eine bestimmte Menge von Zellwolle zur Verfügung stellen, die als Prämie für die zusätzliche Besorgung von Holz zur Versorgung der Konsumindustrie mit Zellstoff verwendet wird. Für diese Zellwollmenge wird die Fachstelle für Holz und Papier Kontingentverwalter. Diese Fachstelle kann sogar Firmen des Textilhandels und der Textilindustrie ermächtigen, mittels Textildrucke Aufträge an Lieferanten in der Doppelzone zu erteilen.

Genaui wie wir es vorausgesehen haben, hat sich das Verhältnis im Bedarf an Kompensationsgeschäften gedreht. Nicht nur, daß jetzt die Fachgruppen Kompensationsgeschäfte miteinander machen, obwohl sie verboten sind, und ohne sie nicht auskommen, ist jetzt sogar die zukiünftige Industrie gar nicht begeistert von diesem neuen Entwurf. Die Zellwollindustrie beweist, daß es zu dem notwendigen Holz für sie fehlt, der ganze Rückführung (Kompensations) sei unzulässig, da die Holzpreise viel seien. Außerdem wird von dieser Industrie darauf hingewiesen, daß in einer ersten Durchbrechung der Kompensationsverbot eine bedenkliche Erschütterung der Wirtschaft befürchtet werden müßte, es sei nämlich zu befürchten, daß sich andere Holzlieferanten der Zellstoffindustrie mit ähnlichen Kompensationsansprüchen bald aufreihen könnten.

Auch wir wehren uns gegen die Inkompetenz und den neuen Beweis für die Elektro-Wirtschaftspolitik in Frankfurt. Kann man sich denn dort am Main gar nicht dazu entschließen, eine klare Linie zu verfolgen oder wenigstens, wenn man nicht, daß man mit einem neuen Gesetz Fisches erwischt, so sofort dafür zu sorgen, daß es wieder aufgehoben wird?

Auswanderung weniger interessant?

Die Auswanderungsgunst besteht — dieses Eindrucks kann man sich nicht erwehren — nicht mehr so allgemein und ist nicht mehr ganz so groß wie in dem ersten und zweiten Jahr nach der Kapitulation. Es mag das auch als Reaktion zu deuten sein, hervorgerufen durch die Erkenntnis, daß die Hindernisse, die der Ausreise im Wege stehen, in den meisten Fällen als unüberwindlich anzusehen sind. Zur Eindämmung des Dranges nach außen hat außerdem wohl beigetragen, daß sich dem deutschen Auswanderer doch nicht jene glänzenden Aussichten bieten wie er sie früher noch vorhanden glaubte. Man betrachtet die Frage jetzt, mit einem Wort, mit viel mehr Ruhe und Besonnenheit. Nicht zuletzt hat zu dieser ruhigen Betrachtung beigetragen, daß sich als Folge der Währungsreform jene große Arbeitslosigkeit, mit der man rechnen zu müssen meinte, bisher nicht ergeben hat. Es ließe sich jetzt, so meint man, auch in Deutschland (in den Westzonen, soll das in diesem Zusammenhang heißen), wenn es gelingt, den Arbeitsvertrag in einen

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Die Beteiligung von Firmen der französischen Zone an Ausstellungen an der Deutschen Industriemesse 1948 in New York ist nunmehr geordnet. Die erforderlichen Devisen werden von der JEIA zur Verfügung gestellt. Die zugelassenen Aussteller werden in Kürze von der Nordwestdeutschen Ausstellungs-Gesellschaft mit einem ausführlichen Merkblatt versehen. Die Ausstellung findet in der Zeit vom 3. bis 24. April 1948 statt.

Im Monat November vermittelte die Arbeitsämter in Württemberg-Hohenzollern insgesamt 8000 Personen einen Arbeitsplatz, was einen Rekord seit der Währungsreform bedeutet. Offene Stellen sind noch 880 gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 2010, darunter 461 Frauen. Trotz Notstoff, Kohle- und Strommangel waren im November erst gegen Ende des Monats Abschwignungsbedenken bemerkbar.

Im November waren nach einem Bericht der Arbeitsämter im Kreis Ludwigs 138 Männer und Frauen arbeitslos, davon 38 Unterhaltungsbeschäftigte. Die Zahl der offenen Stellen belief sich auf 490. Im November trafen aus Dänemark 80 meist kaum einstellungsfähige Flüchtlinge ein. Während in der Pfalz im Monat Oktober 138 Betriebe mit 1382 männlichen und 908 weiblichen Beschäftigten in Kurzarbeitsunterstützung standen, hat sich ihre Zahl im November auf 44 Betriebe mit 440 männlichen und 304 weiblichen Beschäftigten vermindert.

In den letzten vier Wochen wurden von den pfälzischen Arbeitsämtern 51 Schwerbeschäftigte ermittelt und 208 wiederholt in Arbeit vermittelt. 3014 Schwerbeschäftigte haben heute noch auf eine Arbeitsvermittlung, davon allein 1093 im Bereich des Arbeitsamtes Kaiserslautern.

Das Angebot auf dem Stellenmarkt für kaufmännische und technische Angestellte, für Verwaltungspersonal und sonstige Geistesarbeiten blieb in der Pfalz im letzter Zeit auf Vertriebsstellen beschränkt. Die Einstellungsmaßnahmen in der Verwaltung und die Einstellungsbeschränkungen bei den Behörden ermöglichen es kaum, Büropersonal unterzubringen.

Am 23. November wurden in Württemberg-Hohenzollern nur 13.600 t Brotgetreide abgeerntet, 2.100 t Gerste und 100 t Hafer gegen 32.770 t Brotgetreide, 4.530 t Gerste und 3.400 t Hafer im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die bisherige württembergische Weizenzentrale landwirtschaftliche Genossenschaften ist in eine Landeszentralgenossenschaft umgewandelt worden. Der Verband führt künftig die Bezeichnung „Württembergische landwirts-

Englische Zone

Die Schwierigkeiten in der Fleischversorgung des Ruhr-Bezirks sind zum sehr großen Teil darauf zurückzuführen, daß die meisten Länder Westdeutschlands ihr Lieferangebot an den Ruhrbezirk nicht erfüllen haben. Nur die Länder der französischen Zone haben ihr Soll erfüllt und zum Teil sogar überschritten, erklärte ein Sprecher des Ernährungsmittelbezirks. Bayern habe dagegen von einem Soll von 1900 t bis jetzt erst 1,1 t Niedermehsen von einem Soll von 1700 t 421 t und Schwab-Württemberg von einem Soll von 600 t 225 t geliefert.

Zwischen dem Verband für das Schmiedehandwerk in Rheinland-Pfalz und der Industrievereinigung Metall wurde ein neues Leihabkommen getroffen, das rückwirkend mit dem 6. Dezember 1948 in Kraft tritt.

Der Höchstpreis für Stahlblech sowohl für den Inno- wie Außenhandel wurde durch eine Anordnung der VWV auf 13 DM je Tonne festgesetzt, um die durch den steigenden Rohstoffpreis herbeigeführten Preissteigerungsdränge zu unterbinden.

Die Einzelhandelspreise in Nordrhein-Westfalen sind nach einem Bericht des Statistischen Landesamtes auch im Oktober weiter angestiegen. Die stärkste Preissteigerung zeigt sich bei Textilien.

Die Preise für gute deutsche Wälschen wurden von den Herstellern um 3 bis 4% erniedrigt, wie von der Wirtschaftsverwaltung Gliederungen mitgeteilt wird.

Die Förderung des rheinischen Braunkohleerzeigers betrug im November 4745.000 t gegenüber 4.535.000 t im Oktober. Die Bruttoleistung belief sich im November auf 943.900 t gegenüber 1.041.400 t im Vormonat.

Am 20. November wurden in diesem Jahr 194 Mill. t Getreide im Dortmunder Hafen umgeschlagen. Im November sind 338 Schiffe mit 73.897 t Ladung, davon 23.897 t Erz, in den Hafen eingelaufen. Abgegangen sind 218 Schiffe mit 23.897 t Ladung, davon 18.341 t Kohle.

Der Umschlag im Lübecker Hafen war im November mit rund

84.800 t um etwa 1000 t geringer als im Oktober. Die Stückgutverkehr nahm zu, zum erstenmal wurden Holzlieferungen mit rund 6000 t notiert. Für weitere Holzlieferungen liegen die Genehmigungen bereits vor.

Georgine Rohstoff- und Fertigungsaufnahme im November einen weiteren Rückgang des hamburgischen Seeverkehrs zur Folge. Mit 487.057 t lag, wie das handelsstatistische Amt mitteilt, der Güterumschlag im Ein- und Ausgang gegenüber Oktober um weitere 1.261 t zurück. Er erreichte damit den letzten Monatsrekord in diesem Jahr.

Ein Großkraftwerk mit einer Leistung von 300.000 kW soll im Rahmen des Marshallplans bei Frenn im Landkreis Düren errichtet werden. Es wird an das westeuropäische Kraftnetz angeschlossen und deutsche und ausländische Industrien mit Energie versorgen. Der Grundriß wird die durch die Haag abgebaute Braunkohle sein.

Die niedersächsische Stielmüllerei-Industrie hat im November 27.500 t Stielmüllerei durchgeführt. Für Dezember rechnet man mit einem Auslandsvertrieb von 30.000 t. Neuanschlässe mit dem Ausland wurden seit Einführung des Unredummkurses von einer DM = 30 Cents nicht mehr getätigt, weil die Stielmüllereiindustrie hierbei nicht auf ihre Kosten kommt.

Die Pappfabrik Nieverfeld bei Gemünd (Hess) nahm im November ihre Produktion wieder auf. Seit September 1948 lag der Betrieb vollkommen still. Die Belegschaft beträgt ungefähr 1/3 der Vorkriegszeit, soll aber in Kürze auf den normalen Stand erhöht werden. Die Fabrik arbeitet in der Hauptsache für die Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie.

Die Continental Gummi-Werke AG Hannover setzt ab 1.12. für Kommutanten und Händler neue ermäßigte Preise in Kraft, und zwar sowohl für Fahrräder als auch für Kraftfahrzeuge. Die Höhe der Ermäßigung ist unterschiedlich und beträgt je nach Art und Menge des am Boden verarbeiteten Gutes bis zu etwa 18 Prozent.

Die niedersächsischen Brauereien haben ihren Belegschaften weitgehend zum 31. Dezember dieses Jahres gekündigt. Betroffen werden etwa 2.500 Arbeiter und Angestellte der Brauereien und rund 15.000 im Bierhandel und im Gaststättengewerbe beschäftigte Personen. Die Stellung droht, weil Bayern sich weigert, Brauereien für nicht bayerische Brauereien und Mälzerien in ausreichender Menge zuzulassen. Das niedersächsische Ernährungsministerium hat zum Schutz des niedersächsischen Brauwesens die Einfuhr von Bier mit mehr als 4,5% Stammwürzegehalt untersagt.

Wie die Biologier der JEIA der JEIA bekannt ist, ist im Monat November 1948 von der JEIA 341 württembergischen Geschäftsführern die Genehmigung zur Auslandsreise erteilt worden. Damit ist die bisherige Höchstzahl an Reisebewilligungen von September 1948 erreicht. Ausländer der Besoldung sind fast alle europäischen Staaten, Nord- und Südamerika, Indien und Japan. 126 Geschäftsführer beschränken ihre Reisebewilligung durch private Beziehungen, 24 durch Besoldungs-A-Gütern, und für 23 besoldete die JEIA die Unkosten aus einem besonderen in diesem Zweck gestifteten Fonds.

In Köln ist eine Musterrechnung vom 3. bis 21. April 1948 geplant. Es handelt sich um keine einfache oder halbmonatliche Veranstaltung, sondern um eine kleine private Ausstellung deutscher Ausfuhrerzeugnisse, die auf Anregung deutscher Wirtschaftskreise von der Internationalen Messe- und Ausstellungsgesellschaft in München vorbereitet wird. 20 bis 30 im Ausstellungsfähige stehen bis zum 31. März 1949 an den drei Westzonen zur Verfügung. Die Verwaltung für Wirtschaft hat die JEIA um ihre Zustimmung gebeten.

Auf Grund einer Mischung des Zweinährerzeugnisses mit der Aufrechterhaltung der Weltmarktparität im Dezember nicht zu rechnen. Der Ernährungsausfluß des Wirtschaftsjahres hat sich in seiner Freizügigkeit aus diesem Grund entschlossen, einem Entwurf der Verwaltung für Er-

wartung, die das Risiko der Auswanderung können würde.

Wenn zwei sich streiten ...

Wir haben bereits auf die Kosten der Luftbrücke für die Versorgung Westberlins hingewiesen und auf die immerhin nicht unbedeutenden Gewinne, die die verschiedenen an dem Transport beteiligten ausländischen Fluggesellschaften erzielen. Bekanntlich muß jetzt Westdeutschland für die Kosten des Streits um Berlin aufkommen, der das Ergebnis der letzten Siegerkonferenz von vertrauensvollen Diplomaten getroffenen unklaren mündlichen Abmachungen ist. Es handelt sich um 30 Mill. DM, die die Doppelzone monatlich für die Aufrechterhaltung der Luftbrücke besteuern muß, obwohl man ursprünglich von alliierten Seite betont hatte, daß diese Hilfe nicht von den Deutschen bezahlt werden müsse. Der Siegervertrag von 3 Pfennigen auf das Briefporto, der in der Doppelzone erhoben wird, bringt jedoch nach den bisherigen Schätzungen etwa 30 Mill. DM, so daß sich noch ein Defizit von 30 Mill. monatlich ergibt. Man dachte deutscherseits, wie verlautet, die Personalarbeiter der Eisenbahn zu erhöhen, um die fehlende Summe aufzubringen. Vertreter der Eisenbahn haben sich mit Recht dagegen zur Wehr gesetzt, daß die Erhöhung der Personalarbeiter nicht gerade vorteilhaft wäre. Tugend etwas wird aber erhöht oder besteuert werden müssen, um die fehlenden 30 Millionen DM aufzubringen zu können. Da es sich bei dem Berliner Konflikt, der letzten Endes zur Errichtung der Luftbrücke geführt hat, um eine Phase des Kalten Krieges handelt, den die Westalliierten mit ihrem östlichen Kriegspartnern der-

zeit austragen, wäre es doch eigentlich richtig, und von uns gar nicht unverändert dies vorzuschlagen, daß die Kosten dieses Kalten Krieges von den Kriegführenden selbst aufgebracht werden. Wenn man uns aber schon an den Kosten beteiligt, wäre es doch gar nicht unangebracht, uns auch an dem Gewinn teilhaben zu lassen.

Aus der Londoner Perspektive

Nach der Währungsreform zeigt die deutsche Wirtschaft, das kann nicht geleugnet werden, einen starken Auftrieb. Nicht zuletzt sind es die Besatzungsbehörden, die an Hand von Statistiken diesen Erfolg bezeugen mit dem gleichzeitigen Hinweis, daß eben ihre Währungsreform zu der beginnenden Genesung der deutschen Wirtschaft den entsprechenden Beitrag lieferte, selbstverständlich auch die Marshall-Hilfe. Wir wird nun dieser Prozess, der in der Marshall-Plan-Konzeption begründet liegt, im Ausland, vor allem in England beurteilt? Wie man aus den Veröffentlichungen maßgebender Londoner Blätter entnehmen kann, wird jede Phase der deutschen Erholung mit Mißtrauen beobachtet, vor allem die schnelle Produktionssteigerung der deutschen Industrie. Er wird alles fein säublich registriert und auf einen feinen Schaden hin geprüft. Der dem britischen Export zugeführt werden können. Mag sein, daß derartige Ausführungen im engen Zusammenhang mit der ganz bedenklichen neuerlichen Überhöhung der Devisenparität stehen und daß deshalb wieder die Schärfe von der „deutschen Gefahr“ in den Vordergrund gerückt wird. Man weist auf das Ergebnis der

Amerikanische Zone

Wie die Biologier der JEIA der JEIA bekannt ist, ist im Monat November 1948 von der JEIA 341 württembergischen Geschäftsführern die Genehmigung zur Auslandsreise erteilt worden. Damit ist die bisherige Höchstzahl an Reisebewilligungen von September 1948 erreicht. Ausländer der Besoldung sind fast alle europäischen Staaten, Nord- und Südamerika, Indien und Japan. 126 Geschäftsführer beschränken ihre Reisebewilligung durch private Beziehungen, 24 durch Besoldungs-A-Gütern, und für 23 besoldete die JEIA die Unkosten aus einem besonderen in diesem Zweck gestifteten Fonds.

In Köln ist eine Musterrechnung vom 3. bis 21. April 1948 geplant. Es handelt sich um keine einfache oder halbmonatliche Veranstaltung, sondern um eine kleine private Ausstellung deutscher Ausfuhrerzeugnisse, die auf Anregung deutscher Wirtschaftskreise von der Internationalen Messe- und Ausstellungsgesellschaft in München vorbereitet wird. 20 bis 30 im Ausstellungsfähige stehen bis zum 31. März 1949 an den drei Westzonen zur Verfügung. Die Verwaltung für Wirtschaft hat die JEIA um ihre Zustimmung gebeten.

Auf Grund einer Mischung des Zweinährerzeugnisses mit der Aufrechterhaltung der Weltmarktparität im Dezember nicht zu rechnen. Der Ernährungsausfluß des Wirtschaftsjahres hat sich in seiner Freizügigkeit aus diesem Grund entschlossen, einem Entwurf der Verwaltung für Er-

wartung, die das Risiko der Auswanderung können würde.

Ostzone

Die Ostzone war in den ersten drei Monaten 1948 Waren im Werte von 48 Mill. Kronen nach Schweden geliefert, während die schwedischen Gegenlieferungen nur 700.000 Kronen betragen. Den restlichen Devisenüberschuß von 47,3 Mill. Kronen behält die GMA für sich, um damit sowjetische Einkäufe in Schweden zu finanzieren. — Obgleich die fehlende Rohkohle durch oberösterreichische Kohle ersetzt werden soll, sind im November nur 300.000 t Stabkohle und Koks aus Österreich in die Zone eingeschifft. Die sowjetischen Belegschaften werden, Oostschiffen exportiert

monatlich etwa zwei Mill. t Kohle, jedoch nicht in die devisenarme Ostzone, sondern nach Ländern, die in wertvollen Devisen zahlen können.

Der Bau des Elster-Saale-Kanals soll 1950 beendet werden, wie der Leipziger Deutscher des Bauwesens mitteilt. Der Kanal ist bis auf 8 km an Leipzig herangeführt worden.

Die diesjährige Produktionsaufgabe für die Zuckerindustrie wurde im Lande Brandenburg bisher zu 80,4% und in Ostpreußen zu 77,7% erfüllt. In der Sowjetzone kann nach Beschluß der deutschen Wirtschaftskommission das

Postsparkassenamt ab sofort auch Überweisungen und Barkonten von dritter Seite zur Gutschrift auf Postsparkonto entgegennehmen. So können sich Postsparkassen-Löhne oder Gehälter auf ihr Postsparkonto überweisen lassen.

Von der Alkoholproduktion des Jahres 1948 sind im Lande Brandenburg für Motoralkohol 31, für Trinkalkohol 17%, für Industriealkohol 23%, für medizinischen Alkohol 1%, für Essig 1% und für Branntwein nach der Sowjetunion 2% vorgesehen. Die Rohalkoholgewinnung der Sowjetzone im Kartoffelwirtschaftsjahr 1947/48 wird mit etwa 30.000 hl angegeben.

Im Bevier Dorna, dem großen Braunkohleknollenrevier der Sowjetzone wurden im November in sechs Betrieben 22 „Jennedischichten“ durchgeführt, an denen über 87.000 Bergarbeiter beteiligt waren. In diesem Schichten wurden Durchschnittsergebnisse von 141,4% des Plans erzielt.

Die Maximilianshöhe in Unterwellenborn hat mit dem Bau eines Stahlwalzwerks begonnen, das Anfang nächsten Jahres in Betrieb genommen werden soll. Nach Fertigstellung ist die Maximilianshöhe in der Lage, auch Profilen herzustellen.

Das Hütten- und Weltwerk in Thale im Harz (sowjetische AG) konnte im November die Hochleistungsträgung des Walzen infolge der Abschaltung von zwei westdeutschen Bergwerken nur zwei bereichsbekannt. Von der Abschaltung wird vielfach über die Qualität der Erzeugnisse, insbesondere über die Einstellung, geklagt.

Die Buna-Werke in Tschoppau (sowjetische AG) haben ihre Produktionsaufgabe für 1948 bereits am 1. November „vermählt“ erfüllt. Über die menschenwürdige Erfüllung der Mitarbeiterleistungen wird nicht bekanntgegeben. Auch wird nicht veröffentlicht, ob die Preise für Erzeugnisse im einzelnen erreicht die Wert der Buna-Herstellung am 1. November 1948 100% und die Ipeit-Produktion 110% des Solls, während die Schmelz-Produktion nur mit 84% erfüllt wurde. Nach amtlichen Mitteilungen kamen 74% der Produktion der Wirtschaft der Ostzone zugute. Auch die Mehrproduktion soll größtenteils der Sowjetwirtschaft zugeführt werden. Dagegen ist für den Export nur ein kleiner Teil vorgesehen. Die Versorgung des Werkes mit Metallen und Chemikalien, die früher aus Westdeutschland bezogen wurden, war sehr schwierig. Die Buna-Werke beschäftigten am 1. November 1948 13.347 männliche und 3.000 weibliche Personen. Hinzu kommen noch 3699 Bauarbeiter. Für 1948 ist eine Produktion von 104% der Jahresvorgabe 1948 geplant.

Die pharmazeutische Industrie der Ostzone soll nach Durchführung des Zweijahresplanes der GBE von den Grundstofflieferungen aus den Westzonen praktisch unabhängig sein und sogar exportieren können. 1949 soll der Bedarf der Zone an Morphium, Codein, Coffein, Salicylsäure und Aspirin voll gedeckt werden können. Als Mittel gegen die hohen Preise der Arzneimittelzubehöre schlägt der Artikel vor, die in den Volkshäusern erzeugten Medikamente durch volkreiche Apotheken zu verteilen.

Die Junkers-Apparatebau, volkreicher Betrieb, Dessau, fertigt seit Juli 1948 mit einer Belegschaft von 700 Mann Gasbrenner und Durchlauferhitzer für die GDR im 3. und 4. Quartal. Der Produktionswert belief sich im dritten Vierteljahr 1948 auf 2,2 Mill. DM, 90% der Herstellung werden nach der Sowjetunion geliefert, während 10% für Kompensationszwecke abgesetzt werden. Da der Transport drei bis sechs Monate dauert und von der deutschen Wirtschaftskommission die Zahlung erst nach Abnahme an Bestimmungen zu erfüllen ist, entstehen dem Betriebe erhebliche finanzielle Schwierigkeiten.

Mit 50 Arbeitkräften hat eine zur Sachverständigenfirma in Aalen „Werkstätten für Bauelemente“ eingerichtet, in denen täglich 2000 Zehnpfeifen hergestellt werden. Die Angehörigen des Betriebes setzen sich ausschließlich aus Neubürgern zusammen.

Berliner Wahlen hin und meint jetzt, nachdem man den Berlinern vorher lebhaft applaudiert hat, daß man sich nicht bilden sollte, daß die Deutschen in drei Jahren gute Demokraten geworden seien. Sie hätten England schon vor 30 Jahren mit dem Köder der Weimarer Republik gefangen. Wenn man glaube, die Deutschen hätten ihren Charakter geändert, dann könne man sich auf ein böses Erwachen gefaßt machen.

Daß die Sorge der Engländer jedoch mehr der wirtschaftlichen Erholung Westdeutschlands gilt, meint die Neue Zürcher Zeitung feststellen zu können. Es sei unverkennbar, schreibt das obige Blatt, daß England eine Ausweitung des deutschen Exports fürchte, da eine solche Ausweitung, wie sie im Marshall-Plan vorgesehen sei, grundsätzlich auf den englischen Export zugunsten müßte, falls Deutschland nicht neue Absatzmärkte sucht. Um aber solche neuen Märkte zu erschließen, müßte Westdeutschland so unabhängig werden, daß es Lord Henderson oder Strang schwarz vor den Augen wird, wenn auch nur eine Andeutung darüber fiele. Diese englischen Sorgen sind zum großen Teil übertrieben. Man braucht nur den deutschen Außenhandel zu studieren und die Anordnungen der JEIA, nicht zuletzt aber auch die Lieferungen aus der Marshall-Hilfe. Das OEEC-Programm für 1948 sah Lebensmittellieferungen für 17,3 Mill. Dollar und Industriewaren für 141 Mill. Dollar vor. Tatsächlich wurden bis 3. November für 87,3 Mill. Lebensmittel — davon als höchste Posten für 7,3 Mill. Dollar Industriewaren — geliefert. Auf 17 Mill. Dollar Industriewaren, die der Vorkriegsstand sei so hoch, dürfte somit nicht ganz berechtigt sein.

Stellen-Anzeigen

STELLUNGSANZEIGEN sind gesucht durch ALTFOTODRUCKER... Stellen-Anzeigen mit 20 Arbeitsstunden...

Vestierungen

Einzelne Vestierungen in Dresden sind gesucht... Bekleidungsunternehmen für Lederwaren...

Bekleidungsunternehmen für Lederwaren... Bekleidungsunternehmen für Lederwaren...

Neugründungen

Im November vierzig Gesellschaften in der französischen Zone

(Abkürzungen: K = Stammkapital, U = die Gesellschaft ist aus einer anderen Rechtsform in eine GmbH umgewandelt worden)

- AG, Baden-Baden, Nach dem Bekanntwerden der Antisemitismus in der französischen Zone... AG, Baden-Baden, Nach dem Bekanntwerden...

Deutsche Gesellschaften

- Kall-Chemie Die Kall-Chemie AG, Betriebs-Unternehmen, wurde für das laufende Geschäftsjahr... Kall-Chemie Die Kall-Chemie AG, Betriebs-Unternehmen...

- Württembergisches Portland-Cement-Werk Der Umsatz an Portlandzement... Württembergisches Portland-Cement-Werk Der Umsatz an Portlandzement...

- Württembergisches Portland-Cement-Werk Der Umsatz an Portlandzement... Württembergisches Portland-Cement-Werk Der Umsatz an Portlandzement...

- Württembergisches Portland-Cement-Werk Der Umsatz an Portlandzement... Württembergisches Portland-Cement-Werk Der Umsatz an Portlandzement...

PERSONALIEN

Dr. Leopold Blass ist als Geschäftsführer bei der Sprengstoff-Fabrik GmbH, Detmold, beauftragt... Dr. Leopold Blass ist als Geschäftsführer bei der Sprengstoff-Fabrik GmbH...

Dr. Otto Ziegler, Vorstandmitglied der Berliner Holzwerke AG, München, nach im Alter von 71 Jahren verstorben... Dr. Otto Ziegler, Vorstandmitglied der Berliner Holzwerke AG...

Der Aufsichtsrat der Zehnpfarrer Bauwerk AG, Zehnpfarrer, hat den Vorstand... Der Aufsichtsrat der Zehnpfarrer Bauwerk AG, Zehnpfarrer...

Die Kapitalgesellschaften der AG, Berlin, hat den Vorstand... Die Kapitalgesellschaften der AG, Berlin, hat den Vorstand...

Die Kapitalgesellschaften der AG, Berlin, hat den Vorstand... Die Kapitalgesellschaften der AG, Berlin, hat den Vorstand...

Die Kapitalgesellschaften der AG, Berlin, hat den Vorstand... Die Kapitalgesellschaften der AG, Berlin, hat den Vorstand...

NEO-CHEMIE NOLL & CO. Chemiefabrik... NEO-CHEMIE NOLL & CO. Chemiefabrik... NEU-UNIVERSALKLEBER... NEU-UNIVERSALKLEBER...

Champignon-Brut... Champignon-Brut... Champignon-Brut... Champignon-Brut...

Abschluß-Technik nach dem Taylorix-System... Abschluß-Technik nach dem Taylorix-System... Abschluß-Technik nach dem Taylorix-System...

Automatische Elektro-Temperatur-Regler... Automatische Elektro-Temperatur-Regler... Automatische Elektro-Temperatur-Regler...

Knipptwerk... Knipptwerk... Knipptwerk... Knipptwerk...

Es beginnt zu erscheinen: GRASSOLD'S „Deutsche Ortskarte“... Es beginnt zu erscheinen: GRASSOLD'S „Deutsche Ortskarte“... Es beginnt zu erscheinen: GRASSOLD'S „Deutsche Ortskarte“...

Sie suchen emailierte Bratpfannen... Sie suchen emailierte Bratpfannen... Sie suchen emailierte Bratpfannen... Sie suchen emailierte Bratpfannen...

Wirtschafts-Literatur... Wirtschafts-Literatur... Wirtschafts-Literatur... Wirtschafts-Literatur...

Großes süddeutsches Unternehmen sucht Betriebswirtschaftler oder Industriekaufmann... Großes süddeutsches Unternehmen sucht Betriebswirtschaftler oder Industriekaufmann... Großes süddeutsches Unternehmen sucht Betriebswirtschaftler oder Industriekaufmann...

Welt-Warenmärkte

Reis bleibt weiter knapp

Von antilcher amerikanischer Seite wird die Reisproduktion auf 140 Mill. T metrische Tonne für das nächste Jahr...

New Yorker Zuckerspreise in Dollar-Centn. Tabelle mit Spalten für Datum, Sorte und Preis.

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die drei Hauptverbraucherländer Burma, Indien und Indonesien, verfügen über ein reichhaltiges Vorkriegsprodukt...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Reisarten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT: stark zurückhaltend. In der Woche vom 6. bis 12. Dezember...

Lebende Gummipreise. Tabelle mit Spalten für Datum, Sorte und Preis.

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Gummiprodukte in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Effektbörsen. Tabelle mit Spalten für Datum, Sorte und Preis.

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Effektbörsen in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Neuer Staatsminister für Hamburg. Die Hamburger Senat hat Oberbürgermeister Dr. Harald Sielaff...

Wiederholte für Interzonenlande. Eine Wiederholung für Interzonenlande wurde auf Antrag des Deutschen Reiches...

Deutscher Markt leicht befristet. Berlin. Die Berliner Wertpapierbörse kam am Beginn der Woche im Gegensatz zu...

Beschränkung des Bargeldes. Berlin. Im Rahmen der Beschränkung des Bargeldverkehrs in der Ostzone...

Nachträgliche Guthabensstellung. Berlin. Nachgehend angelegene Guthabensstellungen in der Ostzone...

Russische Gläubiger meldet in London nicht mehr. Die Londoner Börse hat angekündigt, daß im Zukunft die Aktien von 13 russischen...

Neuenkurse in Zürich am 15. Dez. 1948. Tabelle mit Spalten für Land, Währung und Kurs.

Devisenwarschmarkt. Tabelle mit Spalten für Datum, Sorte und Preis.

Devisenwarschmarkt. Tabelle mit Spalten für Datum, Sorte und Preis.

Erhöhte Raten am Weltfrachtenmarkt

Wachstum. Mit dem fast völlig beendeten Streck- und der Weltfrachtenmarkt...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Erhöhte Raten am Weltfrachtenmarkt

Wachstum. Mit dem fast völlig beendeten Streck- und der Weltfrachtenmarkt...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Erhöhte Raten am Weltfrachtenmarkt

Wachstum. Mit dem fast völlig beendeten Streck- und der Weltfrachtenmarkt...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Erhöhte Raten am Weltfrachtenmarkt

Wachstum. Mit dem fast völlig beendeten Streck- und der Weltfrachtenmarkt...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Erhöhte Raten am Weltfrachtenmarkt

Wachstum. Mit dem fast völlig beendeten Streck- und der Weltfrachtenmarkt...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Erhöhte Raten am Weltfrachtenmarkt

Wachstum. Mit dem fast völlig beendeten Streck- und der Weltfrachtenmarkt...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Die Produktion der Weltfrachten in den USA und Asien wird durch die Vorkriegsproduktionen der Hauptverbraucherländer...

Advertisement for 'KOLO'-Waschmaschinen, featuring a logo and text: 'KOLO-Handwaschmaschinen, KOLO-Wassermotor-Waschmaschinen, KOLO-Elektro-Waschmaschinen'.